



Vorlage Nr.: 18/053	30.07.2008		
Beschlussvorlage	öffentlich		
für den / für die	Berichterstatter	Sitzung am	TOP
Ausschuss für Wirtschafts- und Strukturpolitik	Landrat	13.08.2008	3

Auslaufen der Förderung des Steinkohlenbergbaus (Positionspapier) – Sachstandsbericht

1	Klassifizierung der Aufgabe: Bei der Aufgabe handelt es sich um			
	☒ eine freiwillige Aufgabe: Bindung durch Kreistagsbeschluss		☐ eine freiwillige Aufgabe: Bindung durch Vertrag	
	☐ eine Pflichtaufgabe mit vorgeschriebenen Standards		☐ eine Pflichtaufgabe ohne vorgeschriebene Standards	
	Ggf. weitergehende Ausführungen siehe Erläuterungen Nr:			
Auswirkungen (Ggf. weitergehende Ausführungen siehe Erläuterungen Nr.)				
2	Finanzielle Auswirkungen (nur bei Beschlussvorlagen)			
	<i>Kurzfristig?</i>	☐ nein	☐ ja	Deckung im Haushalt? ☐ ja ☐ nein Beteiligung Dritter? ☐ ja ☐ nein <u>Erl-Nr.:</u>
	<i>Langfristig?</i>	☐ nein	☐ ja	Beteiligung Dritter? ☐ ja ☐ nein <u>Erl-Nr.:</u>
3	Sonstige Auswirkungen (nur bei Beschlussvorlagen)			
	Auswirkungen für die Bürger?			☐ ja ☐ nein <u>Erl-Nr.:</u>
	Auswirkungen auf die Qualität der Aufgabenerfüllung?			☐ ja ☐ nein <u>Erl-Nr.:</u>
	Personelle und / oder organisatorische Auswirkungen ?			☐ ja ☐ nein <u>Erl-Nr.:</u>
	Auswirkungen auf die Gleichstellung von Mann und Frau?			☐ ja ☐ nein <u>Erl-Nr.:</u>
	Auswirkungen auf die Umwelt?			☐ ja ☐ nein <u>Erl-Nr.:</u>

Amt Fachdienst	Amtsleiter/in Fachdienstleiter/in	Dezernent/in Fachbereichsleiter/in	Kreisdirektor	Landrat
FD 18	gez. Haumann			
				gez. Welt

Beratungs- ergebnis	☐ gemäß Beschlussvorschlag		☐ abweichender Beschluss	
	☐ einstimmig	Ja:	Nein:	Enth.:

Beschlussvorschlag: Der Ausschuss für Wirtschafts- und Strukturpolitik nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Darstellung des Sachverhaltes:

Ausgangspunkt sind die Kohlebeschlüsse der Bundesregierung mit dem Auslaufen der Subventionen für die Steinkohle bis 2018.

Laut Aussage der RAG werden bis 2018 insgesamt rund 32.000 Arbeitsplätze im Bergbau wegfallen. Die Förderkapazität soll bereits bis 2012 um die Hälfte zurückgefahren werden. Dies würde bedeuten, dass auch bei einer Überprüfung der Kohlebeschlüsse 2012 (Revisionsklausel) bereits die Hälfte der Arbeitsplätze im Steinkohlenbergbau gestrichen werden.

Im Kreis Recklinghausen zählt das Bergwerk Auguste Victoria zu den modernen und leistungsfähigen Bergwerken der RAG Deutsche Steinkohle AG. Mit seinen ca. 4.000 Mitarbeitern und einer Jahresförderung von rund 3,1 Millionen Tonnen ist es ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Region.

Daneben ist das Verbundbergwerk Lippe zwischen Dorsten und Gelsenkirchen mit rund 2.000 Mitarbeitern ein weiterer wichtiger Arbeitgeber in dieser Region.

Insgesamt sind im Ruhrgebiet 41 Städte und Gemeinden direkt oder indirekt betroffen. Denn von dem Auslaufen der Bergbauförderung sind nicht nur die noch aktiven Bergbaustandorte, sondern auch die von ihr abhängigen Zulieferindustrien betroffen. Die Folgewirkungen mit eingerechnet sind in NRW bis zu 53.000 Arbeitsplätze bedroht (Quelle: Prognos AG 2007).

Zudem ist zu berücksichtigen, dass sich bereits die Bevölkerung der Metropole Ruhr von derzeit 5.3 Mio. auf 5. Mio. im Jahr 2015 verringern wird (Quelle RVR). Ursache sind neben den Änderungen in der Altersstruktur auch die in einem Hohen Maße zu erwartenden negativen Wanderungsbewegungen.

Die Folgen, die eine Bergwerksschließung nach sich ziehen, sollten jedem bekannt sein. Der primäre Sektor ist wesentlicher und prägender Bestandteil der örtlichen Wirtschaftsstruktur und wichtiger Arbeitgeber und Anbieter von Ausbildungsplätzen.

Aus den Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte mit dem Rückzug der Steinkohle, konnten die Erkenntnisse gewonnen werden, dass die Altstandorte im Hinblick auf Aufbereitung, Lage und Baurecht nur schwer mit anderen Nutzungen belegt werden können. Unabhängig von dem langen zeitlichen Planungsvorlauf. Zudem bleibt meist die Zahl der neuen Arbeitsplätze hinter der Zahl der abgebauten Stellen zurück.

Ziel ist es nun die Chancen und Potentiale frühzeitig zu erkennen und zu nutzen, die diese frei werdenden Flächen und Gebäude bergen. Durch sinnvolle Nachfolgenutzungen sind die negativen Faktoren einer Bergwerksschließung

aufzufangen. Hier sind mit den betroffenen Städten und Kreisen gemeinschaftlich interdisziplinäre Konzepte zu erarbeiten, die für die Region Ruhr einen wirtschaftlichen Fortschritt bedeuten.

Dieser Aufgabe hat sich eine Arbeitsgruppe, mit dem Ziel eine gemeinsame Strategie im Hinblick auf das voraussichtliche Auslaufen des Steinkohlenbergbaus im Ruhrgebiet zu entwickeln, angenommen.

Diese Arbeitsgruppe setzt sich aus Vertretern der kreisfreien Städte Bottrop, Dortmund, Gelsenkirchen, Hamm, Herne und Duisburg sowie der Kreise Recklinghausen, Unna und Wesel, mit den entsprechenden kreisangehörigen Gemeinden, zusammen.

Die Ergebnisse werden in einem Positionspapier zusammengetragen, das der Landesregierung übergeben werden soll.

Die teilnehmenden Mitglieder der Arbeitsgruppe setzen darauf, dass alle Beteiligten in Staat und Kohlewirtschaft bereit sind, auf der Basis dieses Positionspapiers in einen aktiven Dialog zu treten.

Das Positionspapier soll Handlungsfelder aufzeigen und konkrete Maßnahmen benennen. Die aufgeführten Vorschläge zielen darauf ab, frühzeitig die nächsten Schritte nach dem Kohlerückzug aktiv zu gestalten und offensiv in den nächsten 10 Jahren anzugehen.

Neben dem Thema der wirtschaftlichen Entwicklung und Ansiedlung neuer Unternehmen, soll auch schwerpunktmäßig die Überlegung einer Modellregion Bildung aufgenommen werden, da nur durch ein integratives Zusammenspiel dieser beiden Faktoren eine zukunftsweisende Metropole Ruhr Bestand haben kann. Hier wurde auch betont, dass die Diskussion über die Fachhochschulstandorte im Positionspapier entsprechendes Gewicht erhalten soll.

Eine Entwicklung der Flächen bedeutet aber auch eine ausreichende finanzielle Grundlage bereit zu stellen, die die Kommunen in der derzeitigen wirtschaftlichen Haushaltssituation nicht stemmen können. Hier gilt es die Landesregierung zu aktivieren neue und zielgerichtete Fördermöglichkeiten (Sonderprogramme) für zukunftsweisende und innovative Projekte in den Bergbauregionen zu eröffnen.

Handlungsfelder und Maßnahmen des Positionspapiers zielen auf positive Effekte in der gesamten Metropole Ruhr ab. Ein Wandel von der Kohleregion zu einer neuen Identität ist hiermit gefragt.

Ausblick:

In diesem Sinne begreifen die Städte und Kreise das Positionspapier als selbständigen Auftrag ihrer Bürgerinnen und Bürger sowie als Gesprächsgrundlage gegenüber der Landesregierung und der Kohlewirtschaft zur Vorbereitung von verbindlichen Verabredungen und konkreten Projekten.

Der Entwurf des Positionspapiers wurde in der Arbeitsgruppe diskutiert und soll von den Städten und Kreisen ergänzt werden. Eine letzte Abstimmung soll am 13.08.2008 erfolgen. Ziel ist die Fertigstellung bis zum 27.08.2008. Nach Verabschiedung des Positionspapiers soll dieses an die Kohlestiftung und die Landesregierung übergeben werden.

Lösungsvorschläge/Alternativen (realisierbare Alternativen hier aufführen)
